

Sozialistische Stadträtin in Seattle

**Ein später Erfolg von «Occupy Wall Street»**

Reportagen und Analysen 31. Dezember 2013, 10:00



Kshama Sawant machte sich jedes erdenkliche «progressive» Thema zu eigen. (Bild: Ted S. Warren / Keystone / AP)

«Sozialismus» gilt in Amerika, dem Land der freien Marktwirtschaft, fast als Schmähwort. Deshalb ist es ein Ereignis, wenn eine bekennende Sozialistin in einen Stadtrat gewählt wird. Vor einigen Wochen ist dies Kshama Sawant in Seattle gelungen.

*George Szpiro, Seattle*

Beim Begriff «Sozialismus» denken viele Amerikaner an Klassenkampf, Kommunismus und Revolution. Bei der Präsidentenwahl vor einem Jahr bedeutete es Gegnern von Präsident Obama ein besonderes Vergnügen, ihn als «Sozialisten» zu brandmarken. Deshalb war es ein bemerkenswertes Ereignis, als Kshama Sawant von der Sozialistischen Alternative vor einigen Wochen in den Stadtrat von Seattle im Gliedstaat Washington gewählt wurde.

**Radikale Wahlplattform**

Die 41-jährige Sawant, eine gebürtige Inderin, ist erst seit drei Jahren Amerikanerin. Sie wurde in Mumbai geboren und studierte dort Computerwissenschaft. Zusammen mit ihrem Mann wanderte sie nach Amerika aus, schrieb eine Doktorarbeit in Wirtschaftswissenschaften und zog dann nach Seattle, wo ihr Mann, von dem sie heute getrennt lebt, bei Microsoft als Computeringenieur arbeitet. Seitdem unterrichtete sie an mehreren Colleges Ökonomie. Im Jahre 2010 nahm sie die amerikanische Staatsbürgerschaft an. Als junge Leute in der ganzen Nation vom Fieber der «Occupy Wall Street»-Bewegung ergriffen wurden, war Sawant in Seattle an führender Stelle mit dabei. Vor einem Jahr wurde sie ihrer Lehrstelle enthoben, da sie sich weigerte, ein gebräuchliches Lehrbuch für Mikroökonomie zu verwenden. Aber nach Protesten der Studenten musste das College sie wieder einsetzen.

Seattle mit etwa 650 000 Einwohnern gilt als eine liberale Stadt, aber wie überall in den Vereinigten Staaten machen Demokraten und Republikaner Wahlen meist unter sich selber aus. Nur mit Schwierigkeiten schafft es ein Unabhängiger oder ein Vertreter einer dritten Partei, sich gegen die Maschinerien der beiden Grossparteien durchzusetzen. In Seattle war ein Sozialist 1877 zum letzten Mal in den Stadtrat gewählt worden. Sawants Konkurrent, der seit 1997 amtierende Demokrat Richard Conlin, war ein schwer zu schlagender Gegner. Aber die Ökonomieprofessorin liess sich nicht abschrecken.

Sawant machte sich jedes erdenkliche «progressive» Thema zu eigen. Ihre Wahlplattform liest sich wie ein Wunschzettel europäischer Studentenaktivisten aus den sechziger Jahren. Sie befürwortete eine Sondersteuer für Millionäre, die gewerkschaftliche Organisation schlechtbezahlter Arbeiter, etwa bei Amazon und Starbucks, die Abschaffung steuerlicher Anreize für Firmen, Gratisdienstleistungen für Obdachlose, Kriegsveteranen und Invalide. Zudem forderte sie Gleichberechtigung für Homosexuelle, die Kennzeichnung genmanipulierter Nahrungsmittel, die Einrichtung von Fahrradwegen, die Einbürgerung von Immigranten ohne Aufenthaltspapiere, kleinere Schulklassen und die Überwachung der Polizei durch eine zivile Instanz.

**Schwerter zu Pflugscharen**

Das grösste Echo fand der Wahlslogan «15 Dollar Mindestlohn». Während laut Bundesgesetz bloss 7 Dollar 25 pro Stunde bezahlt werden müssen, schreibt der Gliedstaat Washington schon jetzt den höchsten Mindestlohn der USA vor, nämlich 9 Dollar 19. Sawants Forderung, jedem Arbeitnehmer ein Existenzminimum zu erlauben, fand weitherum Gehör. Viele ihrer Vorschläge klingen jedoch reichlich naiv, besonders wenn man bedenkt, dass sie junge Amerikaner in Wirtschaftswissenschaften unterrichtet. Zum Beispiel schlägt sie vor, dass die Arbeiterschaft von Boeing den Konzern übernehmen solle, da das Management sowieso nichts beitrage, und dass das Unternehmen die Produktion dann auf Autobusse, Eisenbahnen und Windturbinen umrüste, anstatt Kriegsmaterial herzustellen.

Aber die Kampagne der streitbaren Frau, die Spenden von Firmen ablehnte, fand Anklang bei vielen Bürgern. Ihr Parteilokal befindet sich im ersten Stock eines unscheinbaren dreistöckigen Gebäudes in einem Arbeiterviertel von Seattle. Die bei jungen

Wählern einflussreiche alternative Zeitung «The Stranger» befürwortete ihre Kandidatur nach Kräften, und mit einem knappen Vorsprung von etwa einem Prozent konnte die Herausforderin den bisherigen Amtsinhaber, der seinen Posten seit sechzehn Jahren innehatte, schlagen.

Sawant, die ihr Amt am 1. Januar antritt, gibt sich als Sozialistin, scheint aber dem Kommunismus sehr nahezustehen. In ihrer Lehrtätigkeit unterrichtete sie die Prinzipien, die der Ökonomie unterliegen, sagt sie, weise aber gleichzeitig immer wieder auf die kapitalistischen Annahmen hin, auf denen die Theorien aufbauten. Ihre Studenten sollten lernen, kritisch zu denken und zu debattieren. Sie selber tut es auch, und die Professorin gibt sich im Gespräch nach ihrer Wahl immer noch so streitbar wie als Kandidatin.

#### «Bosse» sind an allem schuld

Der Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde sei ihr wichtigstes Anliegen, betont sie. Der Frage, ob Konzerne ihre Produktion bei einer so massiven Erhöhung nicht in andere Staaten verlegen würden, weicht sie mit der Antwort aus, dass die Frage falsch gestellt sei. Tatsache sei, dass die Wirtschaft einfach nicht funktioniere, wenn Arbeiter für einen Hungerlohn arbeiten müssten. Um ein Lohngefälle zwischen den Teilstaaten zu vermeiden, müssten Arbeitnehmer eben überall für einen Mindestlohn in dieser Höhe kämpfen. Ausserdem würde ein besseres Einkommen der Arbeiterklasse deren Kaufkraft erhöhen, was ja laut kapitalistischem Denken – das sie aber unbedingt ablehne – wieder den Unternehmen zugutekäme. Arbeitnehmer müssten ihre Macht ausspielen, denn ohne die Arbeiter käme die Produktion zum Erliegen.

Für die «Bosse» gelte dies nicht, behauptet Sawant, denn die Wirtschaft würde auch ohne sie auskommen. Einzig die Arbeiterschaft sei es, die die Wirtschaft aufrechterhalte. Chefs könnten sich bloss an der Macht halten, weil sie Arbeiter gegeneinander ausspielten. Die Art, wie zum Beispiel der Konzern Boeing die Belegschaft kürzlich dazu zwingen wollte, ihre Renten freiwillig heruntermzusetzen, grenze an «ökonomischen Terrorismus».

Die Frage, ob sie bereit sei, Kompromisse einzugehen, verneint Sawant zuerst. Arbeiter seien andauernd Kompromisse eingegangen, und das Resultat der Tarifverhandlungen der vergangenen fünf Jahrzehnte seien die jetzigen Hungerlöhne. Aber die von ihr an den Tag gelegte Kompromisslosigkeit ist möglicherweise nur Taktik. Man könne keine Tarifverhandlungen führen, erklärt sie, wenn man gleich am Anfang Kompromissbereitschaft signalisiere. Zuerst müsse das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft gestärkt werden. Nur so könne man am Verhandlungstisch für den bestmöglichen Ausgang kämpfen und notfalls auch Kompromisse eingehen.